



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistheile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Die soziale Not und der Kapitalismus. — Zum Jahresbericht. — Feuilleton: Eisen und Stahl. (II.) — Korrespondenzen (Mittenburg, Halle a. S., Sildesheim). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Adressenveränderungen. — Rechnungen.

Beilage: Die heutige Volksschule. — Die Gerichtsferien.

Für die Woche vom 27. Juli bis 2. August 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 31 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die soziale Not und der Kapitalismus.

Es ist noch nicht lange her, da in größeren Städten zerlumpte Gestalten beobachtet werden konnten, die beim ersten Morgenrauen die am Rinnstein stehenden Müllkästen und Scheneimer durchsuchten. Freilich, jetzt hat die siegreich vordringende öffentliche Gesundheitspflege und Hygiene solche drastische Anschauungsbilder des Elends von der Bildfläche verschwinden lassen, aber das Elend und die soziale Not ist damit nicht zugleich verschwunden. Wurde auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge auch manches getan: nach wie vor haust die Armut in abgelegenen Gassen, in finsternen und kalten Keller- und Dachwohnungen. In den Städten und Industriezentren haben sich besondere Armenviertel herausgebildet, die von den besser situierten Einwohnern nicht berührt werden, die den Wohlhabenden und Satten in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit und Tragik unbekannt geblieben sind. Das Leben der von den reichen Lebensgütern abgeschnitteneren Volksklassen spielt sich zumeist in außerordentlich nüchternen Bahnen ab, die eine alltägliche Wiederholung der gleichen Handlungen und Geschehnisse, der gleichen Arbeitslast und der nämlichen Sorgen bringen. Wie heißt es doch von den Gerichten der Heimarbeiter so treffend: sie bestehen heute in Hering und Kartoffeln, morgen aber in Kartoffeln und Hering. Und doch gibt es noch ganze erwerbsfähige Volksschichten, denen der Hering als Lederbissen, als Sonntagsgericht gilt, Volksschichten, deren hauptsächlichste Nahrung in Brot und Kaffee besteht!

Wie aber ist das möglich, wie kann es zugehen, daß ein Leben voller Arbeit mit einer so großen Sorgenlast, mit so unsozialen Zuständen gesöhnt wird? Wie ist es gekommen, daß die große Masse des Volkes in so ärmlichen und erbärmlichen Verhältnissen lebt, Verhältnisse, die Unterernährung, Volkstrankheiten, schlechte Erziehung und immer große Sorgen mit sich bringen? Wie ist es möglich, daß, sobald der Winter bemerkbar wird, die Strafanstalten sich füllen; daß Straftaten nur zu dem Zweck begangen werden, damit die „Nebelstater“ und „Verbrecher“ in die schützenden Räume der Gefängnisse gelangen, die ihnen doch wenigstens Schutz

gegen die Unbill der Witterung und vor allem gegen Nahrungsjorgen bieten? Das alles hat die Kapitalisierung der Produktion mit sich gebracht, die wohl einen ungeahnten Aufschwung der Produktivkräfte, einen Aufschwung des wirtschaftlichen Betriebes und des technischen Fortschrittes brachte, die aber gleichwohl eine so weitgehende Proletarisierung des Volkes im Gefolge hatte, wie es kaum zuvor unter einer anderen Produktionsweise der Fall gewesen ist. Die kapitalistische Produktionsweise nützt den technischen Fortschritt wohl in weitgehendem Maße aus, aber nicht zu dem Zweck, den Menschen freier und ihm die Arbeit leichter zu machen, sondern zu dem Zwecke, um durch die weitgehende Entwertung der menschlichen Arbeitskraft die Gewinne des Kapitals ungeheuerlich zu häufen. Die Arbeit wurde zudem immer abstoßender, schablonenhafter, eintöniger und spezialisierter. Und je mehr diese Merkmale einer weit getriebenen Teilung der Arbeit hervortraten, desto größer wurde die Anwenbungsmöglichkeit der Maschinenarbeit, desto größer wurde die Masse der von der nämlichen oder gar noch verringerten Arbeiterzahl eines Betriebes erzeugten Waren, desto niedriger wurden die Ausgaben für Arbeitslohn im Verhältnis zu den Ausgaben für Rohstoffe usw. Mit der Verbilligung der industriellen Erzeugnisse war wiederum eine Verbilligung der Unterhaltskosten einer Arbeiterfamilie verbunden. Den Gewinn davon hat aber nicht die Arbeiterklasse, insofern nämlich, daß sie höhere Aufwendungen für Bildung und Erziehung, bessere Wohnungen, Gesundheitspflege und Kleidung machen konnte, sondern den Gewinn behält der Kapitalismus für sich. Denn je geringer die Unterhaltskosten einer Arbeiterfamilie sich stellen, desto geringer ist auch der Arbeitslohn. Dazu hat das Proletariat obendrein mit einer vergrößerten Gefahr der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Diese größere Gefahr liegt in dem Bestreben des Kapitals, eine Erhöhung der Produktivität herbeizuführen.

Zu diesem Zwecke stehen dem Kapital Mittel zur Verfügung, die eine größere Ersparnis an Arbeitskraft, das ist unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gleichbedeutend mit Lohnersparnis, herbeiführten.

Die Kooperation, die den Wendepunkt der zunehmenden Produktion bezeichnet, kannte die Arbeitsstellung noch nicht, sondern bedeutete im Anfang eine Einrichtung, um Ersparnis an Arbeitsmaterial, an Arbeitsräumen, Feuerungs- und Leuchtmaterial, Werkzeugen usw. und zudem eine Verbilligung des Einkaufs herbeizuführen. Nicht zu unterschätzen war die Zeitersparnis bei der Abfertigung der Kunden. In der Kooperation war das Handwerk und die Unterzeugung für den Kunden das maßgebende Merkmal der Produktionsweise geblieben. Doch bot schon die Kooperation die erste Gelegenheit zur Ausbildung von Teilarbeitern, die immer nur bestimmte Handgriffe ausführten und immer nur bestimmte Teilprodukte herstellten. Diese Ausbildung von Teilarbeitern wurde in der Manufaktur mehr und mehr durchgeführt. Damit war Gelegenheit ge-

geben, das eigentliche Werkzeug vom Menschen auf einen Mechanismus zu übertragen, woran früher unter der handwerksmäßigen Produktionsweise nicht gedacht werden konnte. Was hätte es für den Schuhmacher der mittelalterlichen Zunft wohl für einen Zweck gehabt, wenn ihm, der nur für einen eng begrenzten Kundenkreis arbeitete, die zahllosen und verschiedenartigsten Maschinen, die heute zur Herstellung von einem Paar Stiefel in der Schuhfabrik aufgestellt sind, zur Verfügung gehabt hätte. Ganz abgesehen davon, daß er nicht den nötigen Absatz hatte, verhinderte ihn auch das strenge Gesetz der Zunft daran, mehr Produkte zu erzeugen, als zu seinem Wohlstand nötig waren. Der Zunft war das Arbeitsprodukt noch Arbeitslohn, und die Verfassung der Zunft verhalf jedem Handwerker zu einem relativen Wohlstand. Als nun gar die Maschine ihren siegreichen Einzug hielt und an die Stelle der handwerksmäßigen Produktion die Fabrikindustrie trat, da wurden all die schönen Grundzüge der Zunft über den Haufen geworfen. Das Arbeitsprodukt war nun nicht mehr der eigentliche Arbeitslohn, sondern war das Privateigentum des Unternehmers, der auch die Werkzeuge, Rohmaterialien, Gebäude und Maschinen als sein Privateigentum betrachtet darf. Von dem Arbeitsertrage gibt der Unternehmer dem Arbeiter nur soviel ab, als dieser gerade braucht, um seine Arbeitskraft wiederherzustellen.

So hat die kapitalistische Entwicklung den Gegensatz zwischen Reichtum und Armut ungeheuer verschärft. Und dieser ungeheuer zugespitzte Gegensatz zwischen Reichtum und Armut wird um so mehr verschärft, je mehr sich die Riesengewinne der Kapitalistenklasse anhäufen und je mehr die Produktivkräfte entwertet werden, je mehr die Arbeitsintensität steigt.

Die herrschenden und besitzenden Klassen suchen heute die Arbeiterklasse über ihre unsoziale Lage und über die andauernde Massenarmut hinwegzutäuschen, indem sie die Arbeiter von der Gemeinamkeit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmer und Arbeiter, zu überzeugen trachten. Wie oft wird nicht den Arbeitern vorgehalten, daß sich ihre soziale Lage ständig hebt und bessert; wie oft verweist nicht die kapitalistische Gesellschaft auf die Werte der sozialen Gesetzgebung und des gesetzlichen Arbeiterschutzes, um zu zeigen, daß für den Arbeiter gesorgt ist bis ins hohe Alter. — In Wahrheit sieht es ganz anders aus. Mehr denn je ist es notwendig geworden, die soziale Not, die Ausbeutung der Arbeiter, die Wohnungsnot, die Unterernährung und die Wertenerung des Arbeiterhaushalts aus der Welt zu schaffen; die aber vor allem den Anteil an Arbeitsertrage auch für die Arbeiterklasse groß genug gestaltet, um allen Anforderungen des Lebens genügen zu können. Vorläufig aber kennt die Regierung nur Mittel, die den Kern der Frage nicht berühren und die das arbeitende Volk über die Notwendigkeit wirksamerer Maßnahmen hinwegtäuschen. Und gar die Maßnahmen der Unternehmer sind gar nicht dazu angetan, den Notstand zu be-

seitigen. Sie schaffen sogenannte Wohlfahrts-einrichtungen, um einen ganz kleinen Teil des verdienten Gutes den Arbeitern zurückzuführen, aber von höheren Löhnen wollen sie nichts wissen. Und da sich nun die Arbeiter immer mehr zusammenschließen, um nun selbst den Kampf gegen die Armut und gegen eine weitere Verarmung aufzunehmen, da schließen sich die Unternehmer zusammen, um durch starke Organisationen eine wirkliche Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes zu hintertreiben. Der Kampf gegen die Armut und gegen die soziale Not unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung artet zu einem heftigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmer und Arbeiter aus. Die Unternehmer aber wollen die Forderungen der Arbeiter nicht anerkennen, ja, durch ihre Organisationen wollen sie jede weitere Forderung von vornherein unmöglich machen. Da heißt es für die Arbeiter, sich noch straffer zu organisieren, auch den letzten Arbeiter und die letzte Arbeiterin der Organisation zuzuführen, damit den Arbeiterforderungen der nötige Nachdruck gegeben werden kann, damit die Sache der Arbeiter fortschreitet bis zum endlichen Siege.

Zum Jahresbericht.

Die Ergebnisse und Feststellungen im Jahresbericht pro 1912 bieten ein detailliertes Bild der internen Verhältnisse unserer Organisation und fordern zu mancherlei Betrachtungen heraus, die nachstehend einer Behandlung gewürdigt werden sollen.

Soweit der sachliche Bericht und dessen Bearbeitung in Frage kommen, stellt derselbe unserer Hauptverwaltung ein bereites Zeugnis ihrer Arbeitskraft, Leistungsfähigkeit und Umsicht aus und muß jeder vorurteilsfreie Mann die Ueberzeugung gewinnen, daß man an maßgebender Stelle immer nur das Wohl der Gesamtheit den gegebenen Umständen gemäß fest im Auge behalten hat.

Ohne nun auf das in Fülle gebotene Zahlenmaterial sonderlich einzugehen, muß konstatiert werden, daß die finanziellen Verhältnisse und namentlich unter Hinblick auf die zurückliegenden Kämpfe einer Besserung entgegen gehen, was zweifellos einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Sind doch die 100 000 Mark im Kassenbestande wieder erreicht und bietet sich somit die Aussicht,

daß eine Erstarbung unseres Kampffonds auch in Zukunft nach und nach mit Gewißheit erwartet werden kann. Hoffentlich wird es auch unausgesetzter Agitation gelingen, den etwas bedenklich erscheinenden Mitgliederverlust bald wieder auszugleichen.

Die Verschiedenartigkeit der geleisteten Beiträge nach Zahl und Wert bietet gleichfalls ein interessantes Bild, wenn man die Mitgliederzahl der einzelnen Zahlstellen dabei in Betracht zieht und sich Bemerkungen hierzu schon von anderer Seite in Nr. 27 der „Soli“ in ausführlicher Weise gemacht worden. Hinsichtlich der Ertragsbeiträge, welche infolge der Bewegung im Steinbrudgewerbe erhoben werden mußten, hat die Zahlstelle Berlin ein Beispiel gegeben, was auch anderwärts Nachahmung verdient hätte. Dieser Beweis von Idealismus und Solidaritätsgefühl wird sicherlich ungeteilte Anerkennung überall finden. Andere Zahlstellen hingegen haben die von der Zentral-Verwaltung gegebenen diesbezüglichen Bestimmungen, wonach die männlichen Mitglieder pro Woche 20 Pf. und die weiblichen 10 Pf. auf die Dauer von 13 Wochen bezahlen sollten, jedenfalls nicht voll eingehalten. Bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung war vorzusehen, daß im Jahre 1912 dieser Titel bedeutende Ziffern bringen mußte, was durch den stattgehabten Kampf im Steinbrudgewerbe und dessen Nachwehen auch erklärlich war. Die Kranken-Unterstützung ist fast in gleicher Höhe mit der des Vorjahres geblieben. Während die Zahl der Unterstützten etwas zugenommen hat, ist dennoch die Zahl der Krankentage geringer geworden. Die nächste Position Wöchnerinnen-Unterstützung hat trotz des in Deutschland festgestellten Geburtenrückganges, namentlich in den unteren Volksschichten, diesen Nachweis nicht erbracht; obwohl der Mitgliederbestand im Durchschnitt aus geringer war, sind die Ausgaben hierfür um 180 Mk. gestiegen. Den Vorzug in dieser Statistik, wiederum an der Spitze zu stehen, genießt München, obgleich Leipzig als gleichgroße Stadt mit einer rund 600 Köpfen höheren Mitgliederzahl noch 330 Mk. weniger dafür verausgabte. Bei den „Sonstigen Unterstützungen“ hat allein der 14 wöchentliche Kampf in Karlsruhe reichlich zwei Drittel dieser Ausgaben erfordert. Trübsal für uns ist natürlich der Umstand, daß dieses Opfer nicht umsonst gebracht wurde, wie der endliche Erfolg gezeigt hat.

Die sonstigen Ausgaben Titel 8 sind um 9992,96 Mk. geringer als im Vorjahre. Einige

Ausgabeposten: „Solidarität“, Prozente und Agitation haben eine Steigerung erfahren, im Uebrigen sind die Zahlen aber durchweg niedriger. Hinsichtlich dessen, was auch an tariflichen Abmachungen geschaffen und erreicht worden ist, trotz mißunter schwieriger Umstände und Kämpfe, kann das verfloßene Jahr 1912 immerhin als ein an Errungenschaften ziemlich erfolgreiches Jahr bezeichnet werden. Wenn hier und da das Unternehmertum, wie z. B. in Dresden, auf einem alles negierenden Standpunkte besteht, so wird die Zukunft lehren, daß eine solche Halsstarrigkeit dieser Herren den gebieterisch vom sozialen Zeitgeiste getragenen, gerechten Forderungen einer gut organisierten Arbeiterkraft auf die Dauer nicht zu widerstehen vermag.

Im allgemeinen ist der umfangreichen, speziellen Durcharbeitung, besonders aber der zahlenmäßigen und rechnerischen Angaben des Berichtes, die Anerkennung nicht zu verjagen; er bedeutet für denjenigen, der das zu schätzen weiß und versteht, zweifellos ein schwieriges, geistreiches und umfichtiges Stück Arbeit, was nicht von jedermann geleistet werden kann.

Noch erübrigt es sich, die Berichte der einzelnen Gauleiter einer näheren Besprechung zu unterziehen. Schon in dem Bericht von 1911 wird die bisher nach Namen den meisten unbekannt Persönlichkeit des neuen Leiters vom Gau VII (Danzig) aufgefallen sein. Wer sich der Mühe unterzogen hat, eingehend dessen Bericht von 1911 sowie den vorliegenden von 1912 verständnisvoll zu studieren, wird in Bezug auf rechnerische Angaben gefunden haben, was bisher in den Berichten unserer Gauleiter in so ausgiebiger, detaillierter Weise vermißt werden mußte. Stillschweigend waren sämtliche Berichte soweit gut, zum Teil aber sehr kurz gehalten, was, wer mit der Zurechenbarkeit der Mehrzahl unserer Mitglieder rechnet, schließlich auch angebracht war, jedoch denjenigen nicht befriedigen konnte, der einen Vergleich mit den Berichten vom Gau VII sich vor Augen führte. Wer in Erinnerung behalten hat, was seinerzeit die Anstellung dieses Gauleiters in gewissen Kreisen unserer Mitgliedschaft für Staub aufwirbelte, weiß, ja weiß er nicht einer der Unseren war, der auf diesen Stuhl gesetzt wurde, für welchen angeblich andere Kandidaten in Fülle vorhanden waren, wird jetzt die Ueberzeugung gewonnen haben, daß mit der Person durchaus kein Mißgriff seitens des Hauptverbandes, der sich das Anstellungsrecht vorbehalten hat, gemacht worden ist.

Eisen und Stahl.

II.

Wir stehen im tosenden Getriebe und Reiche des flüssigen Stahles. Dort, in einem mächtigen Kanal, stehen viele zentnerschwere Coquillen, Formen zum Hartguß. Auf leichtem Brett schreite ich ganz nahe an ihnen vorbei, dunkelrot glühend die Stahlblöcke aus ihnen heraus. Wöchentlich wieder das rasche warnende Glockenzeichen, hoch oben, schräg durch die Halle kommt eine leere Coquille angefaßt. Ich suche den Transporteur der Formen. Es ist ein Fahrstuhlführer, der hoch oben in einem kleinen Häuschen steht, er dirigiert — selbst immer mitgeschleppt — mit einem Hebel alle Bewegungen des Riesentrabes, der oben unter der Decke quer durch die lange Halle rollt. Auf dem Lauftrahn rutscht die Laufkatze zur anderen Seite, sie senkt ihre mächtigen Greifer an einer riesigen Kette nach unten, schon hat sie wieder eine Coquille gepackt... und das alles mit mittlerer Straßenbahn-geschwindigkeit....

Mein Blick wird durch einen anderen Kranh draußen im Vorraum der Halle gefesselt. An dessen Kette hängt kein Hafen oder Greifer, sondern nur eine vielleicht eineinhalb Meter im Durchmesser große kreisrunde mächtige Eisenplatte. Sie klappert direkt auf einen Eisenbahnwaggon, der bis über den Rand mit Altschrottmaterial beladen ist. Der Elektromotor surrt, schon hebt sich die Platte, die Laufkatze rollt links hinüber und der Kranh läuft quer die Halle entlang — an der unteren Fläche des mächtigen eisernen Stempels klebt ein wüster

Saufen von altschrottigen Trümmerstücken! An bestimmter Stelle senkt sich die Platte, sie ist noch nicht ganz über mächtigen eisernen Mulden angelangt, da fällt schon mit einem Schläge das ganze alte polternde Eisen herab, es ist ein elektromagnetischer Kranh, den ich hier arbeiten sehe. Das Spiel wiederholt sich in wenigen Minuten wohl ein Duzend Mal. Es ist etwas herrliches um die moderne Technik, früher mußten sich Duzende von Arbeitern ihre Hände zerschneiden, mußten Muskeln verbrauchen und ihre Knochen müde bilden, wenn sie Altschrott abzuladen hatten. Heute ist aus diesen schwer arbeitenden lärmenden Menschen ein schweigendes Nervenbündel geworden, das im Kranhäuschen — der Gehirnschale aus Eisen und Stahl — sitzt und kleine Hebel gleich Sehnenauflösungen hin- und herschiebt. Die Männer sind Herren über hunderte von Pferdekraften und die Luft Räume ganzer Riesenhallen geworden. Sind sie nun heute mehr Mensch oder waren sie es früher?

Wir stehen vor einem Ofen, seine Stirnwand öffnet sich jalousienartig nach oben, die Stütze bricht mit Macht heraus. Neben mir paden Arbeiter mit langen Werkzeugen Schrott (Eisenabfälle), marschieren mit zusammengekniffenen Augen an das Flammenloch heran und schleudern die Eisenstücke hinein, das ist des Teufels Küche, in der Arbeiterknochen gebürt und Proletarierhirne ausgebröckelt werden! Weiter drüben sah ich bei den gleichen Ofen wieder den Sieg der Technik über diese Menschenfährerei. Vor der Ofenreihe entlang laufen zwei weit auseinander liegende Eisenbahnschienen, auf ihnen rollt eine große schwere

Schiebebühne. Auf dieser wieder sitzt eine richtige Drehscheibe. Der Arbeiter stellt sich auf die Drehscheibe und dirigiert seine Maschine ein Stück weiter. Ich sehe längliche, oben offene, schwere eiserne Kästen, deren Stirnwand gewissermaßen doppelt durch einen kleinen Hohlraum voneinander getrennt ausgebaut ist. Weit aus der auf der Drehscheibe befindlichen Maschine ragt ein meterlanger baumstarker Arm heraus, vorn ist er knobig ausgebildet wie eine Faust. Der Arm bewegt sich nach unten, die Faust sucht den Hohlraum zwischen den beiden Stirnwänden des Ofenstakens, der mit Schrott gefüllt ist. Die äußere Stirnwand des Ofenstakens hat oben einen Ausschnitt, hier paßt der Unterarm des Drehscheibenbetriebs gerade hinein, die Faust sitzt nun im Hohlraum zwischen den zwei Stirnwänden fest, sie paßt ganz hinein. Der lang ausgebreitete Riesenarm hebt sich schräg nach oben, jetzt sitzt an der Faust der volle Ofenstaken. Steif ausgestreckt dreht sich der Arm mit der ganzen Drehscheibe, zugleich fährt die Schiebebühne vor einen Ofen, der von den Arbeitern eben geöffnet worden ist — der Arm mit dem Kasten streckt sich in die siedende Stütze hinein, mit ehrfürchtigem Staunen sehe ich, wie er dort drinnen mit dem Handgelenk hin und herrollt und so den Fußball des Ofenstakens ausklopft und wirft. Schon kommt der Arm mit dem leeren Kasten wieder heraus... erst jetzt komme ich dazu, mir den Arbeiter auf der Drehscheibe anzusehen. Nervös spielen die Finger mit drei oder vier verschiedenen Hebeln, gespannt beobachten die Augen die Arbeit der Riesenfaust, der Arbeiter rollt mit seinem zahmen Cyllophen, der einen gefüllten Schrott-

Jene Provinzen dieses Gaues, in denen dauernde Erfolge bis dahin für unmöglich gehalten worden waren und die in Bezug auf agitatorische Schwierigkeiten dem Rheinlande und Westfalen kaum nachstehen, sind durch die rege Tätigkeit ihres Leiters derart bearbeitet worden, daß gegenwärtig inkl. zwei neuzugewiesener Orte 13 Zahlstellen dort bestehen. Betrachtet man die Fluktuation und andererseits die nationalen und religiösen Gegensätze zwischen Deutschen, Polen, Majuren, Leten und Katholiken, Protestanten, Juden usw., so wird erst begreiflich, was schon ein kleiner Erfolg in jenen Gegenden bedeutet.

Am sich und das ist die Hauptsache, verdienen aber die Berichte des betr. Gauleiters eine besondere Würdigung dadurch, daß sie in Bezug auf pädagogische und vor allem rechnerische Durcharbeitung den übrigen Gauleitern als Muster empfohlen werden können. So ausführliche, eingehende Arbeiten zeugen von Geist, Schulung und Bildung, welche letztere Eigenschaften sich nicht allemal in rednerischer Begabung offenbaren müssen.

Es ist eine alte Erfahrung, daß vielfach ruhige, wortkarge Leute mit größeren Geistesgaben ausgerüstet sind als solche Personen, die durch Schlagfertigkeit und Redegewandtheit anderen überlegen zu sein scheinen.

Die Prozentberechnung in den verschiedensten Fragen erfordert zweifellos rechnerische Fähigkeit und Fertigkeit, die gelernt sein will und nicht durch Bücherlesen, sondern einzig und allein durch praktische Übung erlangt werden kann.

Das Bild, welches der betr. Gauleiter in seinen Berichten von den einzelnen Zahlstellen entrollt, ist in einer Weise wiedergegeben, wie es nicht besser sein und durch die prozentualen Angaben findet eine derartige Arbeit erst das richtige Verständnis auch bei weniger begabten Lesern. Es dürfte wohl manchem Funktionär unseres Verbandes nicht erwünscht sein, eine derartige Aussprache aus Mitgliederkreisen zu hören, aber der Wahrheit die Ehre und Ueberzeugung macht wahr, so soll und muß es bleiben, selbst wenn gegnerische Stimmen das nicht anerkennen wollen.

Und so möge denn auch das laufende Jahr reiche Erfolge und Fortschritte zeitigen, um die wirtschaftliche Lage der Mitgliedschaft zu heben und die gedeihliche Weiterentwicklung der Organisation nach Kräften zu fördern: das sei unser aller Wunsch! Schr. i. E. A.

kasten vor sich her frei in der Luft trägt, fort zu einem Ofen weit unten in der Halle.

Ich gehe ins Walzwerk, um zu sehen, wie eiserne Träger größter Profile, Eisenbahnschienen, Eisenbahnräder, Schiffsbleche und Stahlbräfte gemacht werden.

Vor mir stehen quer durch die Halle auf schweren Fundamenten nebeneinander wohl ein Duzend Kaliberwalzen. Stellen wir uns — das ist aber nur ein sehr primitives Bild — meinetwegen zehn Bringmaschinen der Frau Polypheim in einer Halle nebeneinandergestellt vor. Das erste Walzenpaar sieht verhältnismäßig sehr weit auseinander. Ein Querschnitt durch die Walze würde uns ganz genau bestimmte Profile zeigen, die sich nebeneinander, eines immer etwas exakter ausgearbeitet als das vorige, wiederholen. . . Links neben mir kommt aus einem mächtigen Ofen heraus ein vielleicht zwei Meter langer und dreifig Zentimeter dicker weißglühender Stahlbalken, ein Krach — die zueinander rotierenden Walzen haben den vieredigen Balken gepackt und pressen ihn durch ihr Profil hindurch, kaum ist er auf der anderen Seite der Walzen auf die eisernen Fußplatten niedergedrückt, packen schon wieder Arbeiter zu und stoßen ihn in das zweite Profil des ersten Walzenpaares hinein. Zischend und schnell kommt der hellrot glühende Balken auf der andern Seite, jetzt schon doppelt so lang wie vorher, wieder heraus. Aus dem Balken ist eine rotglühende, grob geformte Eisenbahnstiene von vielleicht sechs Meter Länge geworden, und wieder wird sie durch ein Profil des nächsten Walzenpaares gepreßt, einen Moment lang biegt sich das dräsen heraus-

Korrespondenzen.

Altenburg. Halbjahreshauptversammlung am 15. Juli. Nach Vertiefung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal 1913. Die Einnahmen stellten sich auf 287 Mk., davon wurden 243,22 Mk. an die Hauptkasse gesandt. Für Krankenunterstützung wurden 22,85 Mk. und für Kartellbeiträge, Sitzungsentfädigung und Portis zusammen 20,93 Mk. ausgegeben. Die Lokalkasse hatte an Einnahmen 76,91 Mk. und an Ausgaben 71,53 Mk. zu verzeichnen, sodas mit Zurechnung des Kassenbestandes vom vorigen Quartal am 1. Juli ein Kassenbestand von 94,49 Mark vorhanden ist. — Im ersten Halbjahr fanden statt: eine Generalversammlung, drei Mitgliederversammlungen und zehn Sitzungen. Der Versammlungsbesuch konnte durchschnittlich besser sein. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1913 25 männliche und 44 weibliche, zusammen 69 Mitglieder. Aufgenommen wurden fünf weibliche Mitglieder. Abgereist oder abgemeldet sind 7 männliche und 9 weibliche, zusammen 16 Mitglieder. Der Mitgliederbestand am 1. Juli betrug 18 männliche und 40 weibliche, zusammen 58 Mitglieder. — Infolge Wegzugs des Kassierers machte sich eine Neuwahl nötig. Aus dieser ging Kollege Schatz hervor. Ferner wurde noch zum 2. Revisor Kollege Hauschild gewählt. Wegen der noch vorhandenen Unkenntnis über das Unterstützungsverfahren unseres Verbandsstatuts referierte Kollege Jungmann über diese Frage. Er ging des Näheren auf die Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung ein und versuchte an der Hand von Beispielen in leicht faßlicher Weise die Anweisungen mit dem Statut vertraut zu machen. Die Berichte der beiden letzten Kartellsitzungen wurden nach kurzer Debatte zur Kenntnis genommen. Der Erhöhung der Beiträge für das Jugendheim von 1½ Pf. auf 4½ Pf. pro Mitglied wurde zugestimmt. Es wurde noch beschlossen, am 26. Juli einen Abendpausiergang mit nachfolgendem gemühtlichen Beisammeln im Lindenhof-Kauerndorf zu veranstalten. Damit fand die Versammlung ihr Ende. (Eingeg. 21. 7.)

Halle a. E. Mitglieder-Versammlung am 12. Juli. Kollege Müller erstattete den Kartellbericht. Der Beschluß, daß die Kartell- und Sekretariatskasse verschmolzen werden, wurde von der Versammlung gutgeheißen. Die Erlebigung der Jugendheimfrage dagegen wurde lebhaft kritisiert. Die Erlebigung einer Lohn-differenz in der Waisenhaus-Druckerei durch das Schiedsgericht wurde abgelehnt, da eine andere Regelung gefunden wurde. Den Mitgliedern wurde vom Vorstand besonders nahegelegt, im Krankheits- resp. Arbeitslosenfalle sich strikte an die statutarisch festgelegten Meldevorschriften zu

kommende Ende nach unten auf die Eisenplatten, dann schiebt es sich rasch auf ihnen vorwärts; hier braucht die Schiene schon zehn Meter Raum von der Halle.

Mit einer Geschwindigkeit, bei der uns fast die Augen im Stich lassen, werfen die Walzwerksarbeiter immer wieder das an der einen Stelle herausstehende Ende der Schiene in das nächste Kaliber der Walzen hinein. . . hier vorn beim Vorkaliber kracht schon wieder der erste Balken durch die Walzen und jagt der andern Schiene nach. Diese hat jetzt ihre längste Ausdehnung, sie schiebt durch das Fertigtalber und faust wohl 18 Meter weit auf den Eisenplatten in die Halle hinein. Blitschnell packen und reißen die Arbeiter; nur zentimeterweit von ihnen entfernt, jagt das glühende Eisen an ihnen vorüber. Wie eine Reihe gefesselter Sklaven, die nur so lange leben, als sie es fertig bringen, glühenden Schlangen auszuweichen, kamen mir die Walzwerksarbeiter vor.

Wir gehen zum Wechwalzwerk. Ein mächtiger, viele Zentner schwerer weißglühender Block kommt, sich selbst vorwärts bewegend, von weit oben aus einem Ofen heran. Er läuft auf einem Wege, der aus lauter hintereinander liegenden und sich rasch bewegendem Rollen besteht. Der Block läuft schmurgerade dorthin, wo sein Walzenweg sich verbreitert, zum Walzentisch wird. Am Ende des Walzentisches liegen zwei mächtige glatte Walzen übereinander. In den von ihnen gelassenen Zwischenraum kracht der Eisenblock hinein und stürzt, drüben um eine Kleinigkeit zusammengepreßt und längs etwas auseinandergedrückt, auf einen gleichen Walzentisch. Arbeiter stehen links und rechts, einer fährt mit zischendem

haften. Hierauf erfolgte der Ausschluß einiger Restanten. Kollege Biesig berichtete über die vom Berganigungsomitee in Aussicht genommene Veranstaltung und über die Gründung einer Wandertafel. Spargelder zu lesterer, von 10 Pf. aufwärts, werden vom Kollegen Biesig und den Vertrauensleuten entgegengenommen. Die gesparten Gelder werden im Bedürfnisfalle gegen Vorseignung der Sparte ausgezahlt. Nach einer längeren Debatte über Agitationsfragen wurde die Versammlung geschlossen. (Eingeg. 21. 7.)

Silbesheim. In der am 16. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung begrüßte der Vorsitzende eine Reihe neuauftatommener Mitglieder und sprach den Wunsch aus, daß sie ständig ihr Interesse an der Organisation, besonders durch regen Versammlungsbesuch, befunden mögen. Das Protokoll sowie der vom Kollegen Kroschke sen. erstattete Kassenbericht für das zweite Quartal wurden genehmigt. In die Agitationskommission wurden gewählt die Kollegen Gustav Schlüter und Kroschke jun. sowie die Kolleginnen S. Tönnies und Paula Ritschel. (Eingeg. 21. 7.)

Rundschau.

Einige Zahlen aus andern Gewerkschaften für das Jahr 1912. Der Verband der Maschinisten und Heizer steigerte seine Mitgliederzahl um 2254 auf 26 273. Das Verbandsvermögen betrug 372 522 Mk.

Der Verband der Kupferschmiede zählte 5256 Mitglieder und 165 309 Mk. Kassenbestand.

Der Verband der Holzarbeiter steigerte seine Mitgliederzahl um 14 060 auf 196 810, darunter 7193 weibliche und 1116 jugendliche Mitglieder. Die Einnahmen beliefen sich auf 5 473 560 Mk., die Ausgaben auf 3 894 165 Mk. An Lokaltbeiträgen wurden allein 2 068 835 Mk. eingenommen. Das Vermögen ist auf 7 221 571 Mk. angewachsen, davon in den Ortsklassen 2 471 861 Mk.

Der Zentralverein der Bildhauer verausgabte bei 3766 Mitgliedern 40 558 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, 15 890 Mk. für Streiks, 10 662 Mk. für Krankenunterstützung. Der Bestand der Hauptkasse stieg trotz der hohen Ausgaben von 98 761 Mark auf 129 130 Mk.

Der Böttcherverband steigerte seine Mitgliederzahl von 8389 auf 8638, den Bestand der Hauptkasse von 123 203 Mk. auf 172 737 Mk.

Der Textilarbeiterverband steigerte die Mitgliederzahl von 131 462 auf 142 634. Für Arbeitskämpfe wurden 671 130 Mk. ausgegeben. Der Kassenbestand betrug 1 694 047 Mk.

Der Verband der Glasarbeiter erhöhte seine Mitgliederzahl von 17 853 auf 20 097, seinen Kassenbestand von 102 552 Mk. auf 279 798 Mk.

nassen Besen über die Oberfläche des langen glühenden Stahlblocks. Einen Moment lang stehen die kleinen Walzen des Walzentisches still, plötzlich drehen sie sich sämtlich rückwärts und schieben so automatisch den Stahlblock zwischen den Walzen zurück. Die Walzen sind in der kurzen Zwischenzeit um ein kleines Stück zusammengerückt worden und wieder donnert die Stahlplatte zwischen ihnen hindurch. Das Zwangsspiel wiederholt sich wohl ein Duzend mal. Das Schiffsblech, jetzt vielleicht zwei Zentimeter stark, nur noch dunkelrot und langsam schwarz werdend, ungefähr drei Meter breit und sieben oder acht Meter lang, wird durch einen Krahn an Ketten zur rasch arbeitenden Schneidemaschine getragen.

Beim Drahtwerk wiederholte sich das Bild der Schienenwalzstraße. Die Profile der Walzen waren natürlich kleiner und das Tempo der Maschinen noch um das Mehrfache rascher. Die Walzen laufen wie Eisenbahnräder. Die glühenden Drähte peitschen auf den Eisenplatten entlang, die letzten Enden des Drahtstückes schlugen wie der Schwanz einer wütenden Riesenschlange in die schnell laufenden Walzen hinein, neben ihnen Arbeiter mit Zangen. Am letzten Ende der Walzenstraße stand eine elektrisch betriebene Säge, die den noch rot glühenden Draht riesenschnell aufwickelte, schon kam ein junger Arbeiter und packte mit einer eisernen Karre das Drahtbündel und fuhr es zum Abstellplatz. Das Drahtwalzwerk erschien mir wie eine Maschine, die tagaus, tagein probiert, was fester ist, glühender Stahlbraut oder die ihn bewachenden Menschen.

Der Verband der Töpfer hatte einen Mitgliederverlust von 442 zu verzeichnen, die Mitgliederzahl betrug 11 733. Das Vermögen stieg von 55 733 M. auf 375 652 M.
Der Verband der Steinarbeiter zählte 28 875 Mitglieder, der Kassenbestand stieg auf 1 014 106 M.

Achtung! Prägearbeiter und Arbeiterinnen!
In Dresden und Umgegend haben die Arbeiter der Plafatprägereien den bestehenden Tarif gekündigt und einen neuen Entwurf eingereicht. — Ein Teil der Prinzipale ist anscheinend nicht geneigt, die Forderungen wohlwollend zu berücksichtigen. Außer Nichtbeantwortung des in der wichtigsten Form gehaltenen Schreibens der Tarifkommission hat man schon jetzt mit Entlassungen gedroht resp. Kündigungen ausgesprochen, teilweise wird auch den Arbeitern gegenüber eine verletzende Nichtachtung an den Tag gelegt. Es ist anzunehmen, daß größere Differenzen entstehen und die Unternehmer anderweitig Arbeitskräfte anlocken werden, deshalb erwartet die Organisation von allen in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie auf der Hut sind und vor Arbeitsaufnahme nach Dresden und Umgegend genaue Erkundigungen einziehen beim Deutschen Buchbinderverband: Dresden-Alstadt, Kaufbachstraße 16.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt. Unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsanstalt des Innern, Wirtl. Geh. Rat Caspar, fand am 19. und 20. Juni eine Tagung des Beirats der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt in Charlottenburg (Framhofstraße 11/12) statt. Dieser Beirat setzt sich aus prominenten Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Industrie und aus Beamten der Gewerbeaufsicht und der verschiedenen Berufsorganisationen usw. zusammen. Hauptaufgabe der Tagung war die Prüfung der Ausstellungsgegenstände nach der Richtung hin, ob die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen den neuesten Anforderungen der Betriebssicherheit noch entsprechen. In zweitägiger intensiver Arbeit wurde diese Aufgabe erledigt. Die Verwaltung verbandt den Verhandlungen manche wertvolle Anregung zur Verbesserung und Neueinrichtung. Es war die einstimmige Ansicht der bei dieser Gelegenheit versammelten Spezialfachverständigen, daß die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt sich nach zehnjährigem Bestehen als ein unentbehrliches Mittel zur Verbreitung von Kenntnissen auf dem wichtigsten Gebiete des Arbeiterschutzes bewährt hat und daß ihre weitere Ausgestaltung die Anwendung noch weit erheblicherer Mittel, als ihr bisher zufließen sind, rechtfertigen dürfte.

Die Ausstellung hat ferner soeben den Bericht über ihre Tätigkeit im letzten Jahre veröffentlicht. Von den Interessenten, denen sich die Ausstellung in immer weiteren Kreisen zu erfreuen hat, gibt vor allem die stetig wachsende Zahl der Besucher kund, die sich von 26 253 im Vorjahr auf 32 314 gehoben hat. Was die Ausstellung vor manchen anderen ihren besonderen Wert verleiht, sind die fachverständigen Gruppenführungen, die auf vorzügliche Anmeldung jederzeit veranstaltet werden. Solche Führungen fanden im Jahre 1912 562 mit rund 17 000 Teilnehmern statt. Es waren daran nicht nur Berliner beteiligt, sondern auch von auswärts finden sich häufige Besucher, vornehmlich Abordnungen von Werkführern und Arbeitern bestimmter Berufsgruppen, ein, wie auch besondere Führungen für Aufsichtsbeamte, Studiengesellschaften, Teilnehmer an Kursen der mannigfaltigsten Organisationen usw. veranstaltet werden. Ihren Inhalt nach hat die Ausstellung im abgelaufenen Jahre erheblich an Umfang zugenommen. Abgesehen davon, daß zahlreiche Gegenstände, um die Ausstellung stets auf dem laufenden zu erhalten, gegen neuere Erfindungen und Konstruktionen ausgetauscht sind, ist die Zahl der Ausstellungsgegenstände um ein beträchtliches gewachsen; von über 1000 Ausstellungen werden zurzeit 3500 Einzelobjekte zur Anschauung gebracht, darunter mehr als 1400 in originaler Ausführung. Von den Maschinen, an denen die Einrichtungen für Unfallverhütung angebracht sind, befinden sich die meisten in betriebsfähigem Zustand. Daneben bietet die Ausstellung eine reichhaltige Sammlung von Fachliteratur, gibt in Form der Auslage von Prospekten und Katalogen Auskunft über Bezugsquellen, veranstaltet in ihren Räumen Vorträge und Sonderausstellungen und bildet so ein vortreffliches Mittel zur Orientierung über alle Fragen des Arbeiterschutzes, so daß ihr Besuch und die Benutzung ihrer Einrichtungen interessierten Kreisen nicht dringender genug empfohlen werden kann.

Gesundheitsschädigung durch Sonnenbäder.
Verzweifelt ist häufig die Beobachtung gemacht worden, daß durch unrichtigen oder unvorsichtigen Gebrauch der Strandbäder vielfach schädliche Folgen, insbesondere Verbrennungen hervorgerufen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Strandbäder (Licht-, Luft-, Sonnen- und Wasserbäder) zur Erhaltung der Gesundheit sehr förderlich sind, wenn sie richtig angewendet werden. Dies gilt insbesondere für das Sonnenbad. Gerade bei diesem wird aber vielfach ein Uebermaß beobachtet. Das Bestreben, so rasch wie möglich eine tiefbraune Haut zu erlangen, verleitet manchen, sich den direkten Sonnenstrahlen zu lange auszusetzen. Die Folgen sind davon oft mit Fieber begleitete schwere und schmerzliche Verbrennungen der Haut. Eine braune Haut ist aber an und für sich gesundheitlich ganz wertlos. In einem vom Verband der Genossenschaftskrankenkassen Wiens und Niederösterreichs herausgegebenen Merkblatt für Strandbäder wird als Grundsatz aufgestellt, daß die Sonnenbäder Anfangs nie länger als 15 Minuten dauern sollen. Länger als fünf Minuten soll die gleiche Körperstelle nicht der direkten Wirkung der Sonnenstrahlen ausgesetzt sein, daher ist die Körperlage alle fünf Minuten zu wechseln. Dem Sonnenbad soll ein kurzes Wasserbad folgen, dann ist der Körper abzutrocknen. Werden die Bäder aufgetragen, können sie mit der Zeit auf eine Stunde ausgedehnt werden. Körperstellen, welche durch das Sonnenbad empfindlich geworden sind, sind sofort mit einem schützenden Tuch zu bedecken und der weiteren Einwirkung der Sonnenstrahlen zu entziehen. Zeigen sich als Folgen des Sonnenbades starke Rötungen, Empfindlichkeit oder Entzündungen der Haut, so ist letztere mit Jodolin zu befeuchten und der Weitergebrauch der Bäder unbedingt einzustellen. Man bade nie mit vollem Magen, auch nicht vollkommen nüchtern. Alkoholgenuss vor dem Sonnenbad und während desselben ist zu vermeiden, weil lebensgefährlich. Bei kranken oder kränklichen Personen können Sonnenbäder zu schweren Störungen und zu plötzlich eintretenden gefährlichen Zuständen führen. Solche Personen sollten daher ohne ärztliche Zustimmung kein Sonnenbad gebrauchen.

Eingegangene Druckschriften.

„Ursprung der Religion und des Gottesglaubens“ von Heinrich Cunow, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Preis 1,20 M., gebunden 1,50 M.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, in volkstümlicher Darlegung den Nachweis dafür zu erbringen, wie eng die Religionsvorstellungen der Naturvölker mit ihrer Lebensweise und ihrer Naturerfahrung zusammenhängen. In seinem Vorwort sagt Cunow darüber: „Noch immer sieht man selbst in ethnologischen Werken auf die Ansicht, daß alle Religionsvorstellungen nichts anderes seien, als das sogenannte freie Spiel einer überbühten Phantasie. Dieser flachen Auffassung gegenüber möchte ich darinnen, daß nicht nur der Gottes- und Unsterblichkeits-Glaube der Völker überall von gleichen einfachen Grundvorstellungen ausgeht, sondern daß sich auch alle Religionsentwicklung streng gesetzmäßig innerhalb gleicher Bahnen vollzieht.“

Aus dem Inhaltsverzeichnis geben wir wieder: Die neuere Religionsforschung — Die Entstehung der Geister- und Göttervorstellungen. — Die Anfänge des Geisterkults. — Vom Geisterkult zum Toten- und Ahnenkult. — Welterschöpfung. — Himmel und Hölle. — Ahnenvergötterung und Ahnenopfer. — Vom Ahnenkult zum Naturkult. — Ueberreste der Geister- und Ahnenverehrung in der altindischen Religion.

Das Buch werden auch diejenigen mit leichter Mühe lesen, denen die neue Religionsforschung und die Völkertunde bisher unbekante Gebiete sind. Zu beziehen ist das Buch durch jede Buchhandlung.

Massenjustiz von Erich Rittner. Preis 1 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Massenjustiz. Ein furchtbares Wort, das in einem Rechtsstaat unbekannt sein sollte. — Die Verteidiger unseres Massenstaats wissen dies auch und suchen daher neben einem Loblied auf unsern Richterstand, der angeblich über alle Vorwürfe der Parteilichkeit erhaben sei, den Nachweis zu erbringen, daß wir in einem Rechtsstaat leben. Das Bestehen einer Massenjustiz, d. h. einer Justiz, die aus den Massenvorurteilen der den bestehenden Massen angehörigen Richter heraus Urteile fällt, die mit dem Rechtsempfinden der überwiegten Mehrheit des Volkes in schroffem Widerspruch

steht, wird energisch bestritten, obwohl die Gerichte immer neue Beweise für diese Tatsache erbringen. Diese Beweise hat der Verfasser der obigen Schrift durch die Gegenüberstellung einer Reihe von Gerichtsurteilen überzeugend dargestellt. — Leider konnten es aus den unzähligen Urteilen nur verhältnismäßig wenige sein. — Sie genügen aber, um dem Verfasser zuzuschreiben, der in der Einleitung sagt: „Recht und Gerechtigkeit, so verwandt beide auch klingen, sind zwei Begriffe, die sich im heutigen Staate durchaus nicht miteinander bedecken.“ — D. h. also: sage mir, welcher Klasse Du angehörst, und ich will Dir sagen, welches Maß von Recht Dir zusteht. —

„Natur“, Halbmonatsschrift für alle Naturfreunde. IV. Jahrgang, Heft 20. Theod. Thomas Verlag, Leipzig. Jährlich 24 reiche illustrierte Hefte und 5 wertvolle Bücher zum Preise von zusammen nur 6 M. Hierzu die vierte Buchbeilage „Bestimmung und Vererbung des Geschlechtes bei Pflanze, Tier und Mensch“ von Dr. Paul Kammerer. Mit 17 Abbildungen.

Im Reichen des Reizens und Wanderns steht dieses Heft und so kommt es gerade recht für die Ferienzeit. Durch seinen reichen Inhalt, der jedem Reisefreund etwas bietet, wird sich dieses Heft und dadurch auch die Zeitschrift selber viele Freunde gewinnen. Nebenher geht noch eine Fülle anderer interessanter Artikel, sodaß auch die, welche geruhig zu Hause bleiben und die Welt von der Stille ihres Zimmers aus betrachten, voll auf ihre Kosten kommen werden.

Mit diesem Hefte gelangte die vierte Buchbeilage „Bestimmung und Vererbung bei Pflanze, Tier und Mensch“ von Dr. Paul Kammerer zur Ausgabe. Gerade eine für die weitesten Kreise bestimmte und berechnete Darstellung der Geschlechtsbestimmung war gegenwärtig eine Notwendigkeit. Denn nicht bald auf einem Gebiet ist dem Volk gegenüber so gesündigt worden: alle Augenblicke erscheinen im Buchhandel und öffentlichen Vortragsleben neue „Theorien“, die vom subjektiven Standpunkt ihres „Entdeckers“ aus angegriffen werden, ohne die Ueberlieferung zu bieten, was andere hier schon vorher geleistet und mit der neuen „Theorie“ vielleicht Unverträgliches, aber Verlässlicheres erbracht haben. So wird höchst einseitige Kenntnis verbreitet, die zwar dem jeweils neuen Mann und seiner Seitenblase billigen, rasch veränderten Laages zum Schaffen, aber viele voreilige Hoffnungen wecken und viel falsche Zeitungsbisshinweise hervorrufen. Die vom Publikum stets so begierig aufgeworfene Frage „Kunde oder Mädchen“ ist eben für den Menschen einzuweisen noch ungelöst; so wahrscheinlich sie in nächster Zeit gelöst werden wird, so sicher laufen alle positiven Behauptungen jetzt noch auf unbelaugte Sensationsnachrichten hinaus, die man wissenschaftlich unmöglich ernst nehmen darf. Demgegenüber befestigte sich Kammerer, der bekannte und berühmte Wiener Biologe, strengster Objektivität. Das Buch gewährt einen weitreichenden und abernützlich Ueberblick des gesamten Gebietes, wie es sich in den Augen der Wahrheit jetzt arbeitender Forscher spiegelt. Wir möchten unsere Leser auf die Schrift eindringlich hinweisen.

Da der Bezugspreis der Zeitschrift, für den außerordentlich viel geboten wird, wirklich gering zu nennen ist, können wir unseren Lesern ein Abonnement nur empfehlen, um so mehr, als sie dadurch Mitglieder der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft werden, deren mannigfache Vergünstigungen sie ohne jede weitere Verpflichtung genießen. Anmeldungen können bei der nächsten Buchhandlung oder der Geschäftsstelle der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft, Leipzig, Königstraße 3, aufgegeben werden.

Adressenveränderungen.

Angsburg.
Vorstand: Friedrich Lehmeier, Emilienstraße 19 I (Naturwissenschaft).
Brandenburg a. S.
Vorstand: Frau Martha Engel, Am Buch Nr. 5.

Abrechnungen.

Das zweite Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Gau 1: Rdn 35.35 M.
Gau 3: Heidelberg 19.78 M.
Gau 6: Erfurt 191.33, Raumburg 74.55, Rudolstadt 44.09 M.
Gau 7: Cottbus 44.—, Görlitz (Nachzahlung) 4.29, Strehberg 52.27 M.
Gau 10: Kiel 75.50 M.

S. Loda hl.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 30

Berlin, den 26. Juli 1913.

19. Jahrgang.

Die heutige Volksschule.

Wir Deutschen pflegen uns nicht bloß das „Volk der Denker“ zu nennen, sondern rechnen uns auch etwas darauf zugute, die meisten Schulen zu besitzen. Hieraus wäre zu folgern, daß wir in Deutschland die gebildetste und aufgefklärteste Bevölkerung haben müßten, da doch jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben ist, seine Fähigkeiten zu größter Vollkommenheit zu entwickeln und die bestehenden pädagogischen Einrichtungen es jedem Kinde ermöglichten, alle guten Eigenschaften seines Körpers und Geistes zu pflegen und zur Reife zu bringen. Aber Theorie und Praxis befinden sich leider noch im Gegensatz zu einander, und so ist von dem schönen Schulideal nichts verwirklicht, als hier und da einige mehr oder weniger beschriebene Anfänger und hier und da fragenhaft skizzierte Skizzen.

Die Gründe hierfür kennzeichnet Wilhelm Liebknecht sehr treffend in seinem „Wissen ist Macht“ durch folgenden Ausspruch: „Es hat noch nie eine herrschende Klasse, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzt und, im Gegenteil, systematisch ihnen die rechte Bildung, die Bildung, welche frei macht, nicht abgeschnitten hätte.“

Trotz der in diesem Zitat ausgesprochenen unumstößlichen Wahrheit muß man immer und immer wieder die teils auf Unwissenheit, teils auf Renommisterei beruhende Behauptung hören: „Wir Deutschen haben das beste Schulsystem, ergo sind wir das gebildetste Volk.“ Dieser Schluß ist aber bloß nur eine gutmütige Selbsttäuschung. Nicht das beste Schulsystem haben wir, nur das am besten durchgeführte. Die Frage ist bloß: In welcher Richtung durchgeführt, nach welchem Ziele hin? Kein anderes der „großen Kulturvölker“ besitzt so lange wie wir den durchaus vernünftigen Schulzwang, in keinem anderen Staate ist die Zahl der Einwohner, die lesen und schreiben können, eine so große. Das ist eine Tatsache, die zu bestreiten mir nicht in den Sinn kommt. Allein Lesen und Schreiben sind an sich nicht Bildung, es sind nur Mittel zur Erlangung von Bildung.

Das deutsche Schulwesen der Gegenwart bietet auf den ersten Blick das Bild einer bunten Mannigfaltigkeit und Vielfältigkeit, die allen intellektuellen Bedürfnissen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen scheint. Man unterscheidet Volks-, Bürger-, Real-, Hochschulen usw. Auch gibt es in verschiedenen Staaten und Städten noch besondere Spielarten einzelner Schulkategorien, z. B. im Königreich Sachsen noch eine Trennung der Volksschulen in einfache, mittlere und höhere, so daß man meinen sollte, daß bei einer solchen reichen Auswahl jeder Unterschied im geistigen Wollen und Können des einzelnen Kindes zu seinem Rechte komme.

Leider nein! In der rauhen Wirklichkeit des heutigen Schulwesens unterscheidet nicht der Wunsch und die Fähigkeiten des einzelnen Kindes darüber, welche Schule es besuchen soll, sondern einzig und allein die Mittel des Vaters. In Wirklichkeit wird das deutsche Schulwesen durch den der heutigen Gesellschaftsordnung eigenen Klassen Gegensatz zerklüftet. Die Schulen sind sonach von Anbeginn an Instrumente der herrschenden Klassen. Der Staat, wie er ist, d. h. der Klassenstaat, macht die Schule zu einem Mittel der Klassenherrschaft. Er kann freie Männer nicht brauchen, nur gehorsame Untertanen; nicht Charaktere, nur Bedienten- und Sklavenseelen. Da ein „intelligenter“ Bedienter und Sklave brauchbarer ist als ein unintelligenter, sorgt der moderne Staat für eine gewisse Intelligenz,

nämlich für Bedienten-Intelligenz, die das menschliche Werkzeug verfeinert und vervollkommnet, so daß sich besser mit ihm „arbeiten“ läßt. So wird die Schule zur Dressuranstalt statt zur Bildungsanstalt.

Mit der Volksschule will die herrschende Klasse ihren politischen Zwecken nützen. Die Volksschule soll den Sinn der Untertänigkeit, der Demut, des Gehorsams gegen die weltlichen und geistlichen Autoritäten in den breiten Schichten des Volkes züchten und pflegen; die freizeithlichen Gelüste der unterdrückten Klasse möchte man durch die Tendenz und die Gestaltung des Volksschulunterrichts schon an der Wurzel treffen. Diese Aufgaben der Volksschule sind in den verschiedenen Schulgesetzen formuliert. So heißt es im § 1 des sächsischen Volksschulgesetzes: „Die Volksschule hat die Aufgabe, der Jugend durch Unterricht, Übung und Erziehung die Grundlagen sittlich-religiöser und vaterländischer Bildung und die für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnisse und Fertigkeiten zu gewähren.“

Mit den Kenntnissen und Fertigkeiten meint man in beiden Fällen die Brauchbarkeit des Arbeiters für seine Rolle als Ausbeutungssubjekt der kapitalistischen Produktion. Durch die „religiös-sittliche“ und „vaterländische“ Bildung aber bezweckt man mehr, als die harmlosen Worte sagen: damit will man die frühzeitige Dressur der Volksschüler zu loyalen, der herrschenden Klasse allezeit treu ergebenden Staatsbürgern.

Nicht das Denkvermögen der Kinder wird geweckt und geschärft, nicht die Kenntnis der Natur und ihrer Gesetze ihnen eingefloßt, das Wesen der Menschen und der Gang der menschlichen Entwicklung ihnen nicht klar gemacht, nicht das Selbstbewußtseitsgefühl gepflegt. Das Gegenteil von alledem. Geschichte und Naturwissenschaften werden so gut wie nicht gelehrt. Und doch sind es in erster Reihe die verschiedenen Zweige der Naturwissenschaften, die jedermann auf Schritt und Tritt im Leben braucht, die ihm vorzugsweise Mittel und Wege angeben, das Leben zu verschönern, und die auch wie nichts anderes die Denkfraft anregen, zur geistigen Selbständigkeit und Freiheit führen und darum vorzugsweise geeignet sind, den Menschen auf die Bildungstufen zu heben, von der aus er irgendwelcher Bevormundung nicht bedarf.

Was wird unter dem Namen „Geschichte“ geboten? Ein wüster Haufen von Jahreszahlen, Fürstennamen und Schlachten, erlogene oder schöngefärbte Anekdoten zur Verherrlichung der betreffenden Landesväter, verleumderte, den rohesten Rationalhaß fördernde Lügen über fremde Nationen, lächerliches Herausstreichen eingebildeter Tugenden der eigenen Nation. Durch mechanisches Auswendiglernen wird das Denkvermögen erstarrt, blinder Glaube, der Bruder des blinden Gehorsams, welchen die Kinder später in der Kaserne zu üben haben, als oberste Pflicht, die freie Forschung als Teufelswerk hingestellt, jede selbständige Regung erstickt. Und das Lesen und Schreiben sogar wird der Regel nach nur auf das Ungenügendste in unserer gepriesenen Volksschule gelehrt. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß in Deutschland unter je 1000 Volksschülern kaum einer imstande ist, seine Gedanken mit einiger Korrektheit schriftlich auszudrücken.

Die herrschende Klasse sieht in dieser Volksschulbildung daher auch keine eigentliche Bildung. Die sogenannte „Bildung“ beginnt erst oberhalb der Volksschule. Wer in einer höheren Schule sich irgendeine Berechtigung, zum mindesten die des Einjährig-Freiwilligenprivilegs, erworben hat, der gilt als gebildeter Mann und besitzt dadurch die hervorragenden Fähigkeiten, in die Geheim-

nisse des militärischen Drills in einem Jahre einzubringen. Auch öffnet ihm dieses sofort die Pforte zu einer höheren Wählerstufe.

Die geringe Wertschätzung der Volksschule durch die herrschende Gesellschaft, durch die Regierungen und die maßgebendsten bürgerlichen Parteien kommt am unverhülltesten in den Zahlen über die Gelbtafeln für die Volksschule zum Ausdruck.

Das Geld ist in der kapitalistischen Gesellschaft der untrügliche Maßstab für die Bewertung aller Dinge. Spart die herrschende Klasse bei einer öffentlichen Einrichtung nicht mit dem Gelde der Steuerzahler, so darf man sicher sein, daß es sich um ein Institut handelt, das der herrschenden Klasse unmittelbar zum Nutzen gereicht. Je zurückhaltender sie aber im Gelbbewilligen wird, um so gleichgültiger sind ihr die Dinge, für die das Geld verlangt wird.

Nach der Erhebung von 1906 bestehen in Deutschland 60 584 öffentliche Volksschulen, an denen 166 597 Lehrkräfte wirken. In diesen Volksschulen werden 9 737 262 Schüler und Schülerinnen unterrichtet. Die Aufwendungen für die Volksschulen betragen 523 Millionen Mark, für den einzelnen Schüler ergibt das einen Durchschnitt von 54,— Mk. pro Jahr.

Nach einer preussischen Schulstatistik vom Jahre 1906 besuchten daselbst 95 vom Hundert aller Schüler die Volksschule, während alle höheren Schulen zusammen nur von fünf Prozent der Schüler abfolviert wurden. Man sollte annehmen, daß der Staat in erster Linie um die Schulen besorgt sein müsse, denen die übergroße Mehrzahl der Kinder überliefert ist. Das wäre eine vernünftige Schulpolitik. Leider regiert aber in der kapitalistischen Gegenwart nicht die Vernunft, sondern das nackte Interesse der herrschenden Klasse, der Profit. Dieser will, daß für die fünf Prozent Besucher der höheren Lehranstalten eine reiche Mannigfaltigkeit in der Ausbildung, ein vielfach gegliedertes Schulwesen zur Verfügung gehalten wird, damit die herrschende Klasse ihren Nachwuchs für die verschiedenen Aufgaben in der Leitung und Beaufsichtigung der wirtschaftlichen Betriebe und in der Leitung und Organisation des Staates als des Volkstreders des Willens der herrschenden Klasse zweckmäßig heranbilden kann. Für die Jugend der Arbeiterklasse hält man dagegen die graue Eintönigkeit und Dürftigkeit der Volksschule für ausreichend.

Preußen gibt für einen Volksschüler pro Jahr 44 Mk. aus, wohingegen ein Schüler der höheren Lehranstalten dem allgemeinen Steuerfädel 279 Mark kostet, eine Schülerin der höheren Mädchenschule 172 Mk.

Diese Zahlen geben aber die wirklichen Zustände nur in den größten Umrissen wieder, in einzelnen sind die Unterschiede zwischen den Aufwendungen noch viel krasser. Die Stadt Dramburg, Regierungsbezirk Köslin, gibt für einen Schulanfänger 400 Mk., für einen Volksschüler nur 44 Mk. pro Jahr aus, also fast nur den zehnten Teil der Kosten eines höheren Schülers.

Gleichmäßigkeit der Bildung ist ein Kulturerfordernis, Gleichheit der Bildung das Kulturoideal. Ueberhaupt liegt der menschliche Fortschritt in der Annäherung an die Gleichheit. Große Verschiedenheit in der geistigen Stellung der Glieder eines Staates gilt mit Recht und Recht als ein Uebel, für ein Zeichen der Unkultur, und man betrachtet es allgemein als den dunkelsten Flecken der asiatischen Halbkultur, daß sie den Herrschenden und ein paar Tausenden ihrer Gehilfen die Reichthümer der Wissenschaft in den Schoß wirft, die Millionen des Volkes zu der entsetzlichsten Unwissenheit verurteilt.

Betrachten wir uns einmal die Ausgaben, die der Staat für den Militarismus und Marinismus aufwendet, es war das 1912 eine Summe von 1 576 326 000 Mk. Auf die Erziehung des Volkes wird sonach in Deutschland nur knapp der dritte Teil der Summe verwendet, welche dem kulturfeindlichen Militarismus geopfert wird. Die Vorbereitung des Menschenmordes ist dem heutigen Staat ein dreimal wichtiger „Beruf“, als die Ausbildung der Menschen zu menschlichen Kulturzwecken. Die dicken Militärbudgets und die dünnen Unterrichtsbudgets sind untrügliche Gradmesser unserer Kultur.

Wenn für die Volksschulen so bescheidene Aufwendungen gemacht werden, so muß es ihr naturgemäß an allen Ecken und Enden fehlen. Das zeigt sich zunächst in dem großen Mangel an Volksschulen. Nach einer Aufstellung von 1899 hatten in Preußen 24 000 Orte keine Schulen und nach einer Statistik von 1909 waren im Königreich Sachsen 45 von 100 Gemeinden ohne Schulen. Selbst wenn man zugibt, daß zahlreiche Gemeinden infolge ihrer Kleinheit eine Schulgemeinde mit dem nächsten Orte bilden, so sind doch die Zahlen erschreckend hoch und entrollen uns ein Bild des Elends, wenn man in Betracht zieht, daß oft von den Kindern schulfreier Gemeinden weite Wege bei Wind und Wetter zurückzulegen sind, um die benachbarten Schulen zu erreichen, worunter der Schulunterricht und auch die Gesundheit der Kinder ganz besonders leidet.

Mit diesem Fehlen von Schulen hängt auch eng zusammen der Mangel an Schulklassen und die dadurch bewirkte Ueberfüllung einzelner Klassen. Der Durchschnitt der auf einen Lehrer entfallenden Zahl der Schüler beträgt im Reiche 58. Im einzelnen sieht es aber viel ärger aus, als die Durchschnittszahlen ahnen lassen. Saßen doch 1906 in 13 387 überfüllten Klassen 1 029 889 Kinder, in jeder Klasse also durchschnittlich 77 Kinder, in einzelnen Fällen saßen über 100, ja über 150 Kinder in einer Klasse. Daß bei einer derartig großen Zahl zu unterrichtender Kinder von einem individuellen Unterricht nicht die Rede sein kann, versteht sich von selbst. Leider kann sich der Lehrer bei seinem ihm gesteckten Unterrichtsziele, selbst wenn er den guten Willen hat, nur mit den aufgewecktesten Schülern beschäftigen. Die weniger Begabten, die vor allem eine besondere Rücksicht erforderten, muß er ihrem Schicksal überlassen.

In den höheren Lehranstalten ist man natürlich rücksichtsvoller, es kommen hier auf einen Lehrer 18 Schüler, bei den Universitäten zwölf Studenten auf einen Professor und in den Kadettenanstalten sogar nur elf Schüler. Zu einem großen Nachteil für die Ausbildung in den Volksschulen führt auch der ständige Lehrermangel. Es ist statistisch nachzuweisen, daß bei annähernder Klassenbesetzung hunderttausend neue Lehrer angestellt werden müßten. Aber Lehrer kosten Geld, und darum suchen die einzelnen Staaten nach Möglichkeit an Lehrkräften zu sparen, sie überlasten dafür lieber den einzelnen Lehrer und stopfen mehrere Jahrgänge Schüler in eine Klasse, so daß der Lehrer zu gleicher Zeit verschieden vorgeschrittene Kinder vor sich hat. Er muß dann seine Arbeit auf die einzelnen Jahrgänge verteilen, bald beschäftigt er sich vorwiegend mit dem einen Teil der Klasse, bald mit einem anderen. Die übrigen Jahrgänge erhalten während der Zeit eine Aufgabe zugewiesen, für die die unmittelbare Mitwirkung des Lehrers nicht notwendig ist, die aber auch pädagogisch so gut wie keinen Wert besitzt. Um so mehr wird die pädagogische Arbeit des Lehrers gehindert, je mehr Jahrgänge in einer Klasse sind. In Preußen gehen aber noch an 700 000 Schulkinder durch diese primitivsten aller Schulformen. Wenn man die Halbtagschulen, die nicht viel besser sind, dazu rechnet, so werden ungefähr anderthalb Millionen Kinder in Preußen schon rein schulorganisatorisch in der unerhörtesten Weise vernachlässigt.

Der heutige Volksschulunterricht preist demnach das ungeheure Gros der Kinder mit erbärmlichen Broden vom geistigen Lische der

Reichen ab. Für die spätere Tätigkeit des Einzelnen innerhalb der gesellschaftlichen Produktion sorgt die heutige Volksschule so gut wie gar nicht vor. Ungezählte Intelligenzen und hervorragende Geistesgaben verschiedener Arbeiterkinder können sich nicht entwickeln, sie müssen verkümmern, da keine Möglichkeit vorhanden, dieselben unentgeltlich weiter auszubilden. Die Folge ist, daß der Einzelne später ohne Interesse an dem Produktionsprozeß beteiligt ist, ihn treibt zu seiner Arbeit nur die bittere Notwendigkeit. Der heutige Arbeiter steht gefesselt im Produktionsprozeß; er weiß kaum, warum er zufällig jahraus, jahrein die eine oder die andere ermüdende Teilarbeit macht, stumpf und gleichgültig steht er dem Produkt seiner Arbeit gegenüber, nichts empfindet er vom Reiz schöpferischer und abwechslungsreicher Arbeit.

Stellt die Verstandesbildung der heutigen Schule den einzelnen so nackt und bloß in das ökonomische Getriebe, so gibt sie ihm auch wenig für den weiteren Kampf des Lebens mit. Für eine befreiende Weltanschauung ist die „religiös-sittliche“ Volksschulbildung nicht zu gebrauchen. Daher kommt es auch, daß das Gros der Arbeiterschaft den sozialistischen sowie gewerkschaftlichen Bestrebungen so vollständig fremd und teilnahmslos gegenübersteht.

Von dem Resultat unseres bisherigen Unterrichtswezens gilt immer noch das Wort Goethes: „Was man nicht weiß, das eben braucht man, und was man weiß, lann man nicht brauchen.“

Nachdem wir die verschiedensten Mängel der heutigen Volksschule klargelegt, wollen wir uns kurz dahin resumieren: daß die heutige Volksschule ein Instrument der herrschenden Klasse ist, zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft.

Darum müssen wir bestrebt sein, das sozialistische Erziehungsideal recht bald zu verwirklichen, das einen einheitlichen und dabei wohlgegliederten Schulorganismus anstrebt, der alle Kinder vom frühen Lebensalter bis zur Reife der Erwachsenen umfängt und in dem nichts anderes entscheidet als das Bestreben, jedes einzelne Kind zu größerer persönlicher Volksmannschaft zu seinem eigenen Besten und zum möglichst großen Wohle der Gesamtheit zu erziehen.

Franz Herrmann.

Die Gerichtsferien.

Jährlich am 15. Juli beginnen die Gerichtsferien. Sie endigen dann mit dem 15. September. Während dieser zwei Monate ruht nun die Rechtspflege nicht ganz, sondern nur zum Teil. Während der Ferien werden nur in Ferienachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Ferienachen sind: 1. Strafsachen. 2. Urteilsachen und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen. 3. Maß- und Marktachen. 4. Streitigkeiten zwischen dem Vermieter und dem Mieter oder Untermieter von Wohnräumen oder anderen Räumen oder zwischen dem Mieter und dem Untermieter solcher Räume wegen Ueberlassung, Benutzung oder Räumung, sowie wegen Zurückhaltung der von dem Mieter oder dem Untermieter in die Mieträume eingebrachten Sachen. 4a. Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gefinde, zwischen Arbeitgeber und Arbeitern hinsichtlich des Dienst- und Arbeitsverhältnisses, sowie die im § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Gewerbegerichts-gesetzes und die im § 5, Nr. 1 bis 4 des Gesetzes betreffend Kaufmannsgerichte bezeichneten Streitigkeiten. 4b. Ansprüche aus dem unerhehlichen Weislaß. 5. Wechselachen. 6. Hausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird.

Bei Abänderung der Zivilprozeßordnung im Jahre 1909 haben die Ferienachen eine Erweiterung erfahren. Dies trifft namentlich auf die Streitigkeiten beim Arbeitsverhältnis zu. Es sind also die Ferien ohne Einfluß auf das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmanns-

gerichten. Seit 1909 sind nun auch Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und ihren Handlungsgehilfen oder Lehrlingen Ferienachen. Hinzugefügt worden sind von den Amtsgerichten nach der Novelle von 1909 auch die Ansprüche aus dem außerehelichen Weislaß. Dann hat das Gericht in dem Verfahren vor den Amtsgerichten auf Antrag auch andere Sachen als Ferienache zu bezeichnen. Werden in einer Sache, die durch Beschluß des Gerichts als Ferienache bezeichnet ist, in einem Termine zur mündlichen Verhandlung einander widersprechende Anträge gestellt, so ist der Beschluß aufzuheben, sofern die Sache nicht besonderer Beschleunigung bedarf. Auch diese Bestimmungen sind 1909 neu eingefügt worden. Bei den Amtsgerichten soll durch die auf Antrag erfolgende vorläufige Behandlung der Sachen als Ferienache die Erlangung eines vollstreckbaren Urteils beschleunigt werden.

Sofern nun der Beschluß, eine Sache als Ferienache zu behandeln, aufgehoben wird, findet gegen den aufhebenden Beschluß gemäß § 567 der Zivilprozeßordnung die Beschwerde statt. Ueber die Beschwerde entscheidet das im Instanzenzuge zunächst höhere Gericht. Gegen die Entscheidung des Beschwerdegerichts ist, soweit nicht in derselben ein neuer selbständiger Beschwerdegrund enthalten ist, eine weitere Beschwerde nicht zulässig. Die Beschwerde muß bei dem Gericht eingelegt werden, von welchem oder von dessen Vorsitzenden die angefochtene Entscheidung erlassen ist, sie kann in dringenden Fällen auch bei dem Beschwerdegericht eingelegt werden. Die Beschwerde schrift unterliegt nach mehrfachen Reichsgerichts-Entscheidungen dem Anwaltszwange. Die Einlegung kann auch durch Erklärung zum Protokolle des Gerichtsschreibers erfolgen, wenn der Rechtsstreit bei einem Amtsgericht anhängig ist oder anhängig war, ferner wenn die Beschwerde das Armenrecht betrifft oder von einem Zeugen oder Sachverständigen erhoben wird. Die Frist zur Einreichung der Beschwerde beträgt zwei Wochen, gerechnet vom Tage der Zustellung des anzufechtenden Beschlusses an.

In dem Verfahren vor den Landgerichten sowie in dem Verfahren in den höheren Instanzen soll das Gericht auf Antrag auch solche Sachen, die gesetzlich nicht direkt als Ferienachen vorgesehen sind, als Ferienachen bezeichnen. Die Bezeichnung kann vorbehaltslich der Entscheidung des Gerichts durch den Vorsitzenden erfolgen. Soweit also Sachen der Beschleunigung bedürfen, muß das Gericht sie als Ferienachen bezeichnen. Geschieht dies, so ist gegen den anordnenden Beschluß die Beschwerde nicht zulässig. Derselbe ist auch hier nur gegen den ablehnenden Beschluß vorgehen.

Zur Erledigung der Ferienachen können bei den Landgerichten Ferienkammern, bei den Oberlandesgerichten und dem Reichsgerichte Ferienkammern unter Zuziehung von Amtsrichtern als Ergänzungsrichter — aber nur für einzelne Sitzungen — gebildet werden, wenn Mitglieder des Landgerichts nicht in genügender Zahl verfügbar sind.

Auf das Mahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren, das Konkursverfahren — und seit 1909 auch auf das Kostenfestsetzungsverfahren — sind die Gerichtsferien ohne Einfluß.

Wir sehen also, daß die Gerichtsferien einen Zeitraum bedeuten, innerhalb dessen die gerichtliche Tätigkeit auf das Notwendigste eingeschränkt wird. Wurde früher vielfach eine Erweiterung der Ferienachen verlangt und hat man dem auch 1909 in etwas Rechnung getragen, so werden doch immer mehr Stimmen laut, die eine völlige Beiseitigung der Gerichtsferien verlangen. Da man dem noch nicht Rechnung getragen hat, so wäre es erwünscht gewesen, daß man 1909 die Bestimmungen über die Bezeichnung von Ferienachen vor allen Gerichten übereinstimmend gefaßt hätte. Unter diesen Umständen ist es nur zu erklärlich, daß das rechtsuchende Publikum mit den Gerichtsferien unzufrieden ist. G.